



Rathaus Umschau

Dienstag, 11. Februar 2025

Ausgabe 28

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	2
› Streik an städtischen Kitas am Donnerstag	2
› Jugendbefragung: Junge Menschen wollen mitbestimmen	3
› Hohe Zufriedenheit mit städtischen Kindertageseinrichtungen	4
› Veranstaltung „Klimaanpassung – ganz schön resilient!“	5
› Neues Programm des Filmmuseums erschienen	5
Antworten auf Stadtratsanfragen	7
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Dienstag, 11. Februar, 18 Uhr, Rathausgalerie, Marienplatz 8

Baureferentin Dr. Jeanne-Marie Ehbauer nimmt an der Podiumsdiskussion „Klimaanpassung – ganz schön resilient!“ mit zahlreichen Gästen teil, die im Rahmen der Ausstellung „München hat Plan“ stattfindet.

Gastgeberin Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk begrüßt die Gäste.

(Siehe auch unter Meldungen)

Wiederholung

Mittwoch, 12. Februar, 18 Uhr, Gaststätte „Zur Linde“, Sadeler Straße 20

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht beim Kleingartenverband München e.V. zur Entwicklung der Münchner Kleingärten.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 18. Februar, 19.30 Uhr, Kultur im Trafo, Saal, Nymphenburger Straße 171a (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen-Nymphenburg). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Dienstag, 18. Februar, 19.30 Uhr, Gaststätte „Harlachinger Einkehr“, Karolingerallee 34 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing-Harlaching). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

Meldungen

Streik an städtischen Kitas am Donnerstag

(11.2.2025) Für Donnerstag, 13. Februar, hat die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi die Tarifbeschäftigten der Landeshauptstadt München zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Es ist daher möglich, dass städtische Kitas ganz geschlossen bleiben oder nur teilweise geöffnet haben. Weil spontan gestreikt werden kann, liegen dem Referat für Bildung und

Sport vorab keine Erkenntnisse vor, in welchem Ausmaß die städtischen Kindertageseinrichtungen bestreikt werden.

Den Eltern wird deshalb empfohlen, direkt bei der jeweiligen Kita-Leitung nachzufragen, ob die Einrichtung voraussichtlich normal geöffnet sein wird, ein Teilbetrieb möglich ist oder ob die Einrichtung komplett geschlossen wird. Unter www.muenchen.de/kita findet sich zudem eine FAQ-Liste mit Antworten auf häufig gestellte Elternfragen zum Streik sowie ein Elternbrief.

Die Besuchsgebühren und die Verpflegungsgebühren für Streiktage werden nicht automatisch erstattet. Bei der Festlegung der aktuellen Verpflegungsgebühren wurde eine Anzahl von jährlich bis zu 42 Abwesenheitstagen bereits berücksichtigt.

Am Donnerstag, 13. Februar, entfallen aufgrund des Streiks auch alle Vorkurse Deutsch 240 sowie alle weiteren Kursangebote in den Kindertageseinrichtungen.

Die Stadt betreibt rund 450 Kindertageseinrichtungen, von der Kinderkrippe bis zum Hort und Tagesheim für Grundschul Kinder.

Jugendbefragung: Junge Menschen wollen mitbestimmen

(11.2.2025) Knapp 1.700 junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren haben sich im Jahr 2024 an der Münchner Online-Jugendbefragung beteiligt. Mit den zentralen Ergebnissen der vierten Jugendbefragung und Handlungsempfehlungen ist der Kinder- und Jugendhilfeausschuss des Stadtrats jetzt befasst worden.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Erfreulich ist, dass mehr als 90 Prozent der Teilnehmenden angaben, gerne in München zu leben und die Landeshauptstadt als eine sichere Stadt empfinden. Allerdings sticht auch hervor, dass viele junge Menschen in der Befragung angeben, sie fühlten sich sehr belastet und unter hohem psychischen Druck. Wir nehmen die gewonnenen Erkenntnisse sehr ernst und setzen uns weiterhin für eine breite Sensibilisierung und Toleranz für die Rechte, Bedürfnisse und Interessen von jungen Menschen in unserer Stadt ein. Eine umfassende Jugendbeteiligung ist hierfür die unverzichtbare Voraussetzung. Meinen herzlichen Dank allen Jugendlichen, die an unserer Befragung teilgenommen haben.“

Ein Schwerpunkt der diesjährigen Befragung lag im Themenfeld Mitbestimmung und Mitwirkung, da in den letzten Befragungen von vielen Teilnehmenden eingefordert wurde, die Politik müsse junge Menschen in den Fokus des Handelns stellen und sie mehr und besser beteiligen. So äußern viele Teilnehmende den Wunsch, besser und jugendgerechter über Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten informiert zu werden. Auch müssten die verschiedenen Beteiligungsformate verbessert werden,

beispielsweise die digitale Mitsprache oder die Mitwirkung im Kinder- und Jugendrathaus. Am häufigsten genannt wurden als wichtige Themen bezahlbarer Wohnraum, zuverlässiger öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsangebote und ein engagiertes Vorgehen der Stadt gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Die detaillierten Ergebnisse der Jugendbefragung finden sich unter <https://jugendbefragung-muenchen.de>.

Hohe Zufriedenheit mit städtischen Kindertageseinrichtungen

(11.2.2025) Münchner Eltern sind überwiegend sehr überzeugt von der Arbeit, die täglich in städtischen Kindertageseinrichtungen geleistet wird. Das zeigen Befragungen, die im April und Anfang Mai 2024 online unter Eltern durchgeführt wurden, deren Kinder zu diesem Zeitpunkt in einer städtischen Kindertageseinrichtung angemeldet waren. Insgesamt beteiligten sich 10.761 Personen, was 37 Prozent entspricht. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Beteiligung damit um rund ein Prozent.

Die Ergebnisse im Einzelnen

Die Zufriedenheit der Eltern ist im Vergleich zum Vorjahr praktisch gleich hoch geblieben. Rund 94 Prozent der Eltern sagen, dass sie insgesamt zufrieden mit ihrer städtischen Kindertageseinrichtung (Krippe, Kindergarten, Hort, Häuser für Kinder, Kooperative Ganztagsbildung) sind. Rund 95 Prozent der Eltern geben darüber hinaus an, dass ihr Kind gerne in eine städtische Kindertageseinrichtung geht.

Rund 91 Prozent sagen, dass die Öffnungszeiten der städtischen Kitas ihrem Bedarf entsprechen, bei den Buchungszeiten machen 88 Prozent der Befragten diese Angabe. Zudem hat die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Einrichtung bei den städtischen Kindertageseinrichtungen einen hohen Stellenwert. So stimmen rund 96 Prozent der Eltern bezüglich der städtischen Krippen, Kindergärten und Horte folgender Aussage zu: „Ich bin in der Kindertageseinrichtung willkommen.“ Zugleich dankten viele Eltern anlässlich der Befragung dem Personal für dessen Arbeit über das Jahr.

Das Referat für Bildung und Sport führt die Befragungen der Eltern seit dem Jahr 2012 durch. Die Ergebnisse dienen dazu, die Angebote in den Krippen, Kindergärten, Horten, Häusern für Kinder und der Kooperativen Ganztagsbildung weiter zu verbessern.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Die Ergebnisse der aktuellen Elternbefragungen zeigen, dass die städtischen Kindertageseinrichtungen in München vorbildlich sind. Der überwiegende Anteil der Kinder geht nach Angaben der Eltern sehr gern in eine städtische Einrichtung. Für uns ist das ein Ansporn, unsere qualitativ hochwertige Kinderbetreuung noch weiter auszubauen.“

Stadtschulrat Florian Kraus: „Die Landeshauptstadt München setzt alles daran, den ausgezeichneten Ruf der städtischen Kindertageseinrichtungen Tag für Tag mit Leben zu füllen. Dafür geht mein Dank an alle Mitarbeiter*innen und ihr großes Engagement!“

Veranstaltung „Klimaanpassung – ganz schön resilient!“

(11.2.2025) Die Folgen des Klimawandels sind für alle spürbar. Klimaangepasste Landschafts- und Siedlungsräume sind deshalb ein wichtiger Teil des neuen Münchner Stadtentwicklungsplans. Bei der Veranstaltung „Klimaanpassung – ganz schön resilient!“ am heutigen Dienstag, 11. Februar, 18 Uhr, in der Rathausgalerie am Marienplatz geht es um Bestandsquartiere und Neubauten – und die Frage, wie der Spagat zwischen mehr Wohnungsbau und gleichzeitig mehr Freiraum gelingen kann. Eine Anmeldung ist erforderlich unter <https://veranstaltungen.muenchen.de/plan/veranstaltungen/veranstaltung-klimaanpassung-ganz-schoen-resilient>. Sollte die Veranstaltung ausgebucht sein, sind Stehplätze vorhanden. Nach einer Begrüßung von Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk ist eine Podiumsdiskussion mit Baureferentin Dr. Jeanne-Marie Ehbauer, Gudrun Mühlbacher, Deutscher Wetterdienst München, Professorin Elisabeth Endres, Institut für Bauklimatik und Energie der Architektur, Technische Universität Braunschweig, Andrea Gebhard, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Dr. Fabio Sweet, Lehrstuhl für Terrestrische Ökologie, Technische Universität München, und Silvia Gonzalez, Verein Green City, geplant. Es moderiert die Journalistin Christina Wolf. Die Veranstaltung ist Teil der Ausstellung „München hat Plan“ des Referats für Stadtplanung und Bauordnung. Sie macht den neuen Stadtentwicklungsplan anhand von sieben Zukunftsorten erlebbar und ist bis 12. März täglich von 13 bis 19 Uhr bei freiem Eintritt in der Rathausgalerie zu sehen. Bestandteil der Ausstellung ist ein umfangreiches Programm für unterschiedliche Zielgruppen. Freie Plätze in Ausstellungsführungen gibt es wieder ab 14. Februar. Informationen und Pressematerialien unter muenchen.de/zukunftsorte. (Siehe auch unter *Terminhinweise*)

Neues Programm des Filmmuseums erschienen

(11.2.2025) Am 27. Februar beginnt die neue Spielzeit des Filmmuseums wieder mit dem Festival „Mittel Punkt Europa“. Auf dem Programm stehen eine Retrospektive zu Stanley Kubrick, ein Rückblick auf die Entwicklung des 3D-Films mit jeweils zwei Vorstellungen pro Tag, 3D Double Features, der bewährte Rückblick auf die besten deutschen Filme des Vorjahres, die Themenreihe „Augenblick des Friedens“ im Gedenken an 80 Jahre Kriegsende, die Werkschau „Rainer Werner Fassbinder, Schauspie-



ler“ zu seinem 80. Geburtstag und vieles mehr. Das Programm schließt im Juli mit den Internationalen Stummfilmtagen, in denen Klassiker und Entdeckungen aus der Stummfilmzeit mit Live-Musikbegleitung präsentiert werden.

Das neue Programm steht ab sofort auf der Internetseite unter <https://www.muenchner-stadtmuseum.de/film> zum Abruf bereit.

Das gedruckte Programmheft 53 wird ab Freitag, 14. Februar, im Foyer des Filmmuseums und an ausgewählten Stellen ausliegen.

Mit der neuen Spielzeit erhöht sich der reguläre Eintrittspreis um einen Euro auf 5 Euro. Der Eintritt bei Mitgliedschaft im Förderverein MFZ kostet 3 Euro. Aufschlag bei Überlänge und Musikbegleitung. Kartenvorverkauf ist sieben Tage im Voraus online oder an der Abendkasse möglich, die 60 Minuten vor Vorstellungsbeginn öffnet. Es gibt keine Reservierungen. Das Kino des Filmmuseums ist rollstuhlgerecht zugänglich und mit einer Induktionsschleife für Hörgeschädigte ausgestattet.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 11. Februar 2025

Demonstration „Stopp SEM München-Nord“

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff
(Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 25.11.2024

Mehr Freiheit wagen – Kein Feuerwerk- und Böllerverbot an Silvester

Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Was-
sill (AfD) vom 19.12.2022

Demonstration „Stopp SEM München-Nord“

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff
(Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 25.11.2024

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Ich nehme Bezug auf Ihre Anfrage vom 25.11.2024, der Sie den folgenden Sachverhalt vorausgeschickt haben:

„Am 20.11.2024 fand im Vorfeld der Bürgerversammlung im Stadtbezirk 24 Feldmoching-Hasenberg/ eine Demonstration des Bündnisses München Nord statt. Laut Veranstalter wurden knapp 600 Unterschriften gegen die SEM München Nord gesammelt, 1.000 Flyer verteilt und die Versammlungshalle verzeichnete einen Rekordbesuch. Versammlungsleiterin und SPD-Fraktionschefin Anne Hübner bestätigte gegenüber der AZ München ‚es waren so viele Demonstranten da, dass wir fast nicht rechtzeitig reingekommen wären.‘ Darüber hinaus begann die Veranstaltung wegen starkem Besucherandrang mit Verspätung.

Während der Versammlung standen nahezu alle anwesenden knapp 1.000 Bürgerinnen und Bürger auf und demonstrierten eindrucksvoll ihre ablehnende Haltung gegenüber der Ideenwerkstatt und gegenüber der SEM München Nord.

Dies bestätigte auch die Weigerung an der Ideenwerkstatt teilzunehmen.“

Frage 1:

Im Vorfeld der Demonstration wurde angefragt, ob nicht ein Informationstisch in der Halle (gleich hinter den Eintrittstüren) möglich wäre, wegen Temperaturen nahe dem Null-Punkt. Diese Möglichkeit wurde in den vergangenen Jahren vielen Bürgerinitiativen geboten. Warum war das diesmal nicht möglich?

Frage 2:

Diverse städtische Informationstische gab es direkt hinter dem Eingang. Warum wurde dies dem Bündnis München Nord nicht gewährt?

Antwort:

Zu Ihren Fragen 1 und 2 kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Die Intention Ihrer Anfrage sowie das Anliegen der Bürgerinitiative, einen Informationstisch in den Räumen der Versammlungshalle aufzustellen, um die Möglichkeit zu erhalten, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt über ihre Haltung zur Ideenwerkstatt und der SEM München Nord zu informieren und Gehör zu finden, ist

nachvollziehbar. Allerdings möchte ich um Ihr Verständnis werben, dass im Rahmen der Bürgerversammlungen, die in städtischer Verantwortung liegen, es langjährige städtische Praxis ist, privaten Dritten grundsätzlich weder das Verteilen oder Auslegen von Informations- oder Werbematerial zu gestatten noch Info-Stände zuzulassen. Diese Regelung dient dazu, das Sachlichkeitsgebot und den Grundsatz der parteipolitischen Neutralität einzuhalten sowie eine Gleichbehandlung aller Initiativen und einen ordnungsgemäßen Ablauf der Bürgerversammlungen zu gewährleisten.

Ebenso verhält es sich mit der im Vorfeld jeder Bürgerversammlung stattfindenden Bürger*innensprechstunde, in der ebenfalls ausschließlich städtische Stellen sowie die zuständige Polizeiinspektion an Informationstischen die Bürger*innen u.a. über das Geschehen im Stadtbezirk informieren.

Aus den genannten Gründen wurde dem Anliegen der Bürgerinitiative auf Aufstellung eines Infotisches in den Räumen der Veranstaltungshalle nicht entsprochen. Gegenteilige Beispiele, in denen verwaltungsseitig Bürgerinitiativen die Aufstellung von Informationstischen auf Bürgerversammlungen ermöglicht wurden, sind uns nicht bekannt.

Zu Ihren weiteren Fragen:

Frage 3:

Für das Bündnis München Nord waren die Verantwortlichkeiten vor Ort unklar. Es gab keinen Ansprechpartner, der sich zu erkennen gab.

Frage 3.1:

Wer war der verantwortliche, entscheidungsberechtigte Ansprechpartner vor Ort?

Antwort zu Frage 3.1.:

Bei den Bürgerversammlungen sind Mitarbeiter*innen des Direktoriums als Vertretung der Landeshauptstadt München vor Ort anwesend. Dies war auch bei der Bürgerversammlung im Stadtbezirk 24 am 20.11.2024 der Fall. Unterstützt werden die Mitarbeiter*innen des Direktoriums u.a. durch eine Veranstaltungsleitung und einen Sicherheitsdienst. Die verantwortlichen Ansprechpartner*innen des Direktoriums sind über Namensschilder erkenn- und ansprechbar.

Frage 3.2.:

Warum wurde dem Veranstalter verwehrt, Informationsstände direkt vor der Halle, auf der rechten Seite aufzubauen? Der Zugang zur Halle wäre für alle Besucherinnen und Besucher deutlich einfacher gewesen.

Antwort zu 3.2.:

Auch die Entscheidung, vor der Halle keine Informationsstände zuzulassen, basierte auf den oben genannten Grundsätzen und der Notwendigkeit, den Zugang zur Bürgerversammlung und damit den ordnungsgemäßen Ablauf der Versammlung zu gewährleisten.

Frage 3.3.:

Warum wurde den Bürgerinnen und Bürgern nicht gestattet einen etwa DIN A4 großen Protestzettel mit in die Halle zu nehmen?

Frage 3.4.:

Ist es rechtmäßig, den Bürgerinnen und Bürgern zu verweigern, Protestzettel zu einer Veranstaltung mitzunehmen?

Antwort zu 3.3. und 3.4.:

Selbstverständlich muss den Besucher*innen die Mitnahme von Informationsmaterial, welches außerhalb der Veranstaltungsräume verteilt wurde, für den eigenen Bedarf gestattet sein.

Zu Ihren Fragen bezüglich zukünftiger Veranstaltungen:

Frage 4:

Wird dem Bündnis München Nord bei zukünftigen Veranstaltungen im Vorfeld von Bürgerversammlungen oder im Vorfeld von anderen städtischen Veranstaltungen mit Bezug zur SEM München Nord folgendes mitgeteilt oder gestattet:

Frage 4.1.:

Wer ist vor Ort Ansprechpartner für das Bündnis München Nord und ist in der Lage auch entsprechende Entscheidungen zu treffen?

Frage 4.2.:

Wird dem Bündnis München Nord in Zukunft gestattet bei Veranstaltungen bezüglich SEM Nord Informationsstände aufzubauen?

Frage 4.3.:

Darf das Bündnis München Nord im Vorfeld von Veranstaltungen Informations- oder Protestmaterial verteilen?

Frage 4.4.:

Dürfen die Teilnehmer von Veranstaltungen dieses Informations- oder Protestmaterial auch mit in die Veranstaltung nehmen?

Antwort zu 4.1. bis 4.4.:

In Bezug auf die Möglichkeit, Informationsstände vor der Versammlungshalle aufzubauen sowie die Verteilung von Informations- oder Protestmaterial vor der Versammlungshalle zuzulassen, werden wir die Anliegen des Bündnisses gerne prüfen und entsprechende Lösungen in Betracht ziehen, die den Rahmen der städtischen Veranstaltungen unter Berücksichtigung der o.g. Grundsätze respektieren und den Zugang sowie den Ablauf der Bürgerversammlung nicht stören. Ich halte es für sinnvoll und zielführend, die Anliegen bereits rechtzeitig im Vorfeld, beispielsweise vor der nächsten Bürgerversammlung, zu besprechen. Daher wird dem Bündnis München-Nord auf Anfrage gerne rechtzeitig vor der nächsten Bürgerversammlung oder einer anderen städtischen Veranstaltung mit Bezug zur SEM München Nord eine Ansprechperson benannt, um die Fragen in Ruhe und ohne zeitliche Nöte klären zu können. Im Hinblick auf die mögliche Einordnung von Informationsständen und Informationsmaterial als Kundgebungsmittel und deren Situierung/Verteilung im Rahmen einer stationären Versammlung vor der Versammlungshalle darf ich noch auf die Ihnen bereits bekannten Kontakte zum Veranstaltungs- und Versammlungsbüro im Kreisverwaltungsreferat verweisen.

Mehr Freiheit wagen – Kein Feuerwerk- und Böllerverbot an Silvester

Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Was-sill (AfD) vom 19.12.2022

Antwort Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gratl:

In Ihrem Dringlichkeitsantrag beantragen Sie, die Stadtverwaltung aufzufordern, keine Allgemeinverordnungen zur Verhängung eines Feuerwerk- und Böllerverbots in der Innenstadt (zwischen Stachus und Marienplatz) sowie eines Böllerverbots innerhalb des Mittleren Rings, zu erlassen.

Nach entsprechender Empfehlung durch die Rechtsabteilung des Direktori-ums wurde die Dringlichkeit in vorstehender Angelegenheit gemäß § 60 Abs. 6 GeschO nicht zuerkannt.

Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Das Böllerverbot innerhalb der Umweltzone beruht auf einem Stadtrats-beschluss (Kreisverwaltungsausschuss vom 23.7.2019) basierend auf § 24 Absatz 2 der 1. SprengV.

Gemäß § 24 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 der 1. SprengV kann die zuständige Be-hörde anordnen, dass pyrotechnische Gegenstände der Kategorie F2 mit ausschließlicher Knallwirkung in bestimmten dichtbesiedelten Gemeinden oder Teilen von Gemeinden zu bestimmten Zeiten auch am 31. Dezember und 1. Januar nicht abgebrannt werden dürfen.

Den bereits seit mehreren Jahren erlassenen Allgemeinverfügungen, die das Mitführen, Abschießen und Abbrennen von pyrotechnischen Gegen-ständen in einem Teilbereich der Innenstadt (zwischen Stachus und Mari-enplatz) untersagen, liegt jeweils eine Gefahrenprognose des Polizeipräsi-diums München zugrunde.

Das Polizeipräsidium München dokumentierte bei der Begleitung der spontanen Silvesterfeierlichkeiten in der Münchner Innenstadt im Bereich des Marienplatzes und seinem näheren Umgriff bis zum Jahreswechsel 2018/2019 zahlreiche Verstöße und gefährliche Situationen beim Abbrennen von Silvesterfeuerwerk. Diese reichten von gegenseitigem Beschie-ßen bis hin zu gezieltem Werfen von Knallkörpern in Menschenmengen. Das Kreisverwaltungsreferat hat daher jeweils entschieden, basierend auf Art. 23 Abs. 1 LStVG zur Verhütung von Gefahren für Leben und Gesund-heit, die in Rede stehenden Allgemeinverfügungen zu erlassen.



Beide Allgemeinverfügungen untersagten nicht das Feiern zum Jahreswechsel und das im Antrag angesprochene „Ausdrücken von Lebensfreude“.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 11. Februar 2025

Grünflächen erhalten, vermehren und Vernetzung stärken

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Anna Hanusch, Angelika Pilz-Strasser, Florian Schönemann, Christian Smolka, Sibylle Stöhr und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Wie werden weitere Mobilitätsakteure neben dem Bündnis Radentscheid eingebunden?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Hans Hammer, Hans-Peter Mehling, Veronika Mirlach und Thomas Schmid (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Jugendstudie ernst nehmen – Schulfach Lebenskompetenz An allen Schulen einführen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Anne Hübner, Barbara Likus, Lena Odell, Marian Offman und Julia Schmitt-Thiel (SPD/Volt-Fraktion)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 11.02.2025

Grünflächen erhalten, vermehren und Vernetzung stärken

Antrag

Die Verwaltung legt einen Vorschlag zum dauerhaften praxisorientierten Verfahren für den Erhalt, aber auch der Vermehrung und Stärkung von Grünflächen vor.

Folgende Ziele sowie Instrumente zur Erreichung der Ziele sollen dort definiert werden :

- Dauerhafte Erhöhung der Gesamtfläche der „Allgemeinen Grünflächen“ im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt München unter Berücksichtigung der agrarstrukturellen Belange.
- Schaffung von großen zusammenhängenden Grünflächen auch durch Umverteilung bestehender Allgemeiner Grünflächen im Gebiet eines Bebauungsplans. Die starre Vorgabe aus dem Text des Bürgerbegehrens „Grünflächen erhalten“ wird entsprechend der Evaluierung des Planungsreferats angepasst.
- Schaffung einer stadtweiten wohnortsnahen Grünraumversorgung in allen Stadtbezirken. Ziel ist für alle Menschen in max. 300m Entfernung eine kleine Grünfläche / „Pocketpark“ und in 700m eine große Grünfläche / „Quartierspark“.
- Steigerung der Fläche der öffentlichen Grünanlagen im Stadtgebiet, sowie Optimierung der Aufenthaltsqualität, der Infrastruktur und der Ökosystemleistung (Biodiversität, Schwammstadt etc.). Die Entwicklung wird in den Geodaten eingepflegt, sowie in einem regelmäßigen „Grünbericht“ des Baureferats dokumentiert.
- Alle neu ausgewiesenen Grünflächen sollen im Rahmen von Planungsverfahren durch Übertragung an die Stadt dauerhaft gesichert werden. Planungs- und Umlegungsverfahren sollen dazu genutzt werden, ökologisch, funktional und gestalterisch optimierte Grünflächen und Freiraumnutzungen zu erwirken.

- Im Flächennutzungsplan dargestellte Allgemeine Grünflächen, die sich noch nicht in städtischem Eigentum befinden, sollen erworben und damit dauerhaft gesichert werden. Falls dies nicht möglich ist, soll eine öffentliche Nutzung und ökologische Aufwertung vertraglich vereinbart werden. Hierfür soll die Einrichtung eines aus Kompensationszahlungen gespeisten Grünflächen- und Naturschutzfonds geprüft werden.
- Ökologisch hochwertige Grünflächen werden durch die Biotopkartierung speziell erfasst und als gesonderte Kategorie gesichert.

- Ausbau eines möglichst zusammenhängenden Grünraumnetzes aus einem Regionalen Grünparkgürtel, Parkmeilen und Freiraumachsen wie den Flussläufen. Ziel ist eine verbindliche Sicherung dieses Netzes und dabei auch insbesondere der Frischluftachsen in der Stadtplanung vor Bebauung z.B. durch die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiete und eine Stärkung des Biotopverbunds.
- Der notwendige Ausbau der sozialen (Schulen, Kitas etc.) und technischen (Anlagen zur Erzeugung erneuerbare Energien, und für den ÖPNV etc.) Infrastruktur erfolgt freiraumsensibel und mit Maßnahmen zur Klimaanpassung und Stärkung der grünen Infrastruktur (z.B. Bauwerksbegrünung, Schwammstadt-Prinzip etc.).
- Entwicklung einer mit den Geodaten verknüpften Matrix zur transparenten Nachverfolgung der Umsetzung dieser Ziele.

Begründung:

Grünflächen spielen eine zentrale Rolle für die Lebensqualität in einer wachsenden Stadt wie München. Sie dienen nicht nur der Erholung und dem sozialen Miteinander, sondern sind auch essenziell für den Klimaschutz, die Artenvielfalt und die Gesundheit der Bevölkerung. Angesichts des hohen Entwicklungsdrucks auf den urbanen Raum müssen daher gezielte Maßnahmen getroffen werden, um bestehende Grünflächen zu erhalten, deren Qualität zu steigern und neue Flächen zu schaffen.

Insbesondere das Bürgerbegehren "Grünflächen erhalten" hat verdeutlicht, wie wichtig der Schutz von Grünflächen für die Stadtbevölkerung ist. Es zeigt sich aber, dass ein dort vorgeschlagenes reines Einfrieren von planerischen Festsetzungen im Flächennutzungsplan keine zielführende Lösung ist.

Die in diesem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen tragen dazu bei, die Anliegen des Bürgerbegehrens umzusetzen, indem sie den langfristigen Erhalt und die qualitative Aufwertung von Grünflächen in der Stadtplanung verankern. Gleichzeitig wird mit der flexiblen Anpassung der Planungsinstrumente sichergestellt, dass notwendige städtebauliche Entwicklungen mit dem Schutz und der Stärkung der grünen Infrastruktur in Einklang gebracht werden.

Der Flächennutzungsplan (FNP) der Landeshauptstadt München bildet die Grundlage für die langfristige Stadtentwicklung. Eine dauerhafte Erhöhung der Gesamtfläche der „Allgemeinen Grünflächen“ trägt dazu bei, ausreichend Erholungsräume in allen Stadtbezirken zu gewährleisten und gleichzeitig agrarstrukturelle Belange zu berücksichtigen.

Die Optimierung der Planung von Grünanlagen, insbesondere durch Umverteilung und Zusammenlegung im Rahmen von Bebauungsplanverfahren, ist notwendig, um eine effektive und nachhaltige Grünraumversorgung zu gewährleisten.

Eine wohnortnahe Versorgung mit Grünflächen ist essenziell für eine hohe Lebensqualität. Durch die Festlegung von Mindestabständen zu Grünflächen, etwa 300m zu einem „Pocketpark“ und 700m zu einem „Quartierspark“, wird ein einfacher Zugang für alle Münchner*innen sichergestellt. Gleichzeitig ist es erforderlich, die Aufenthaltsqualität, die Infrastruktur und die ökologischen Funktionen der Grünanlagen weiter zu verbessern. Dies

soll durch eine systematische Erfassung in den Geodaten und einen regelmäßigen „Grünbericht“ dokumentiert und nachverfolgt werden.

Um langfristige Sicherheit für die Grünflächen zu gewährleisten, ist es notwendig, neu ausgewiesene Flächen im Rahmen von Planungsverfahren an die Stadt zu übertragen. Darüber hinaus sollten sich noch nicht im städtischen Besitz befindliche Flächen erworben oder über vertragliche Regelungen für eine öffentliche Nutzung und ökologische Aufwertung gesichert werden. Um dazu auch Mittel zu generieren, soll die Einrichtung eines speziellen Grünflächen- und Naturschutzfonds geprüft werden, der sich z.B. aus Kompensationszahlungen speist, die dann zu entrichten sind, wenn Auflagen der Landeshauptstadt München nicht vollständig erfüllt werden können – ähnlich dem Prinzip der Stellplatzablöse.

Der Ausbau eines zusammenhängenden Grünraumnetzes ist entscheidend für die klimatische Resilienz und die Biodiversität der Stadt. Regionaler Grünparkgürtel, Parkmeilen und Freiraumachsen, insbesondere die Frischluftschneisen, müssen verbindlich gesichert und vor Bebauung geschützt werden.

Schließlich muss auch der Ausbau der sozialen und technischen Infrastruktur freiraumsensibel erfolgen. Klimaanpassungsmaßnahmen wie Bauwerksbegrünung oder das Schwammstadt-Prinzip sollen dabei verbindlich berücksichtigt werden. Eine digitale Matrix zur Nachverfolgung der Umsetzung dieser Ziele erhöht die Transparenz und Nachvollziehbarkeit für Verwaltung und Öffentlichkeit.

Ein dauerhaft praxisorientiertes Verfahren zur Stärkung der Grünflächen in München ist somit dringend erforderlich, um eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne des Gemeinwohls sicherzustellen.

*Indikator „Erreichbarkeit städtischer Grünflächen“ ermittelt den Einwohneranteil in einer Stadt, welcher innerhalb von 300 m Entfernung zur Wohnung eine Grünfläche von mindestens 1 ha Größe und in 700 m eine Grünfläche von mindestens 10 ha für ausgiebigere Erholungsaktivitäten vorfindet. Definition vom IOER <https://www.ioer.de/info/home/>

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Anna Hanusch

Paul Bickelbacher

Angelika Pilz-Strasser

Christian Smolka

Sibylle Stöhr

Florian Schönemann

Sebastian Weisenburger

Mitglieder des Stadtrates

Anfrage

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



11.02.2025

Wie werden weitere Mobilitätsakteure neben dem Bündnis Radentscheid eingebunden?

Vertreter des Bündnisses Radentscheid sind an einer Vielzahl von Gremien und Abstimmungsrounds beteiligt (siehe Antwort auf die Anfrage Nr. 20-26 / F 01006¹), die die Arbeit des Mobilitätsreferats und des Baureferats beeinflussen. Dies wirft die Frage auf, ob und inwieweit auch andere Akteure im Bereich Mobilität vergleichbar eingebunden werden, um ausgewogene Entscheidungen mit Blick auf alle Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmer treffen zu können.

Deswegen fragen wir den Oberbürgermeister:

1. In welchen Gremien oder Abstimmungsrounds sind über die beschriebenen Teilnehmer/-innen hinaus weitere Stakeholder aus dem Bereich Verkehr, wie z. B. der ADAC, der Verkehrsclub Deutschland (VCD), „Mobil in Deutschland“ oder andere Interessenverbände, eingebunden?
2. Falls die vorgenannten oder vergleichbare Organisationen nicht eingebunden sind: Aus welchen Gründen wird eine Beteiligung dieser Stakeholder nicht in ähnlicher Form wie beim Bündnis Radentscheid praktiziert, um eine vergleichende Meinungsbildung zu gewährleisten?
3. Welche Kriterien wurden bei der Auswahl der bislang Beteiligten für verkehrsbezogene Abstimmungsrounds zu Grunde gelegt?

¹ <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/8631895?dokument=v8884753>

4. Ist geplant, künftig auch weitere Mobilitätsakteure, wie beispielhaft unter 1. beschrieben, systematisch in Entscheidungsprozesse einzubinden, um eine ausgewogene Berücksichtigung aller Interessen zu gewährleisten?

5. Laut Webseite des Radentscheids sind auch ehrenamtliche Stadträte Mitglieder dieser Vereinigung. Welche dieser Stadträte haben an den in Ihrer Antwort (20-26 / F 01006) aufgeführten Sitzungen und wie häufig teilgenommen?

[Hans Hammer \(Initiative\)](#)

Stadtrat

[Hans-Peter Mehling](#)

Stadtrat

[Veronika Mirlach](#)

Stadträtin

[Thomas Schmid](#)

Stadtrat



Fraktion im
Münchner Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 11.02.2025

Jugendstudie ernst nehmen - Schulfach Lebenskompetenz an allen Schulen einführen

ANTRAG

Der Oberbürgermeister wird gebeten, vom Freistaat die Einführung eines Schulfachs Lebenskompetenz zu fordern.

BEGRÜNDUNG

Die Online-Jugendbefragung hat deutlich gezeigt: Schule bedeutet für junge Menschen vor allem Leistungsdruck und Stress. Fast 40% der Befragten finden Schule/Ausbildung/Studium schwierig.

Die Aufnahme von mehr praktischen, alltags- und lebensrelevanten Themen in den bayerischen Lehrplan könnte hier Abhilfe schaffen. Den Schüler*innen könnten Alltagskompetenzen vermittelt und mehr Raum für eigene Interessen und Stärken gegeben werden. Als Vorbild kann hier der „Skill-Unterricht“ an den städtischen Schulen in München dienen. Ein Fokus sollte auf Stressprävention, Alltagsorganisation und Antidiskriminierungsarbeit liegen, um den Herausforderungen gerecht zu werden, denen viele junge Menschen gegenüberstehen.

SPD/Volt-Fraktion

Lena Odell
Anne Hübner
Barbara Likus
Marian Offman
Julia Schmitt-Thiel
Simone Burger

A
N
T
R
A
G

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 11. Februar 2025

Terminhinweis

Pressemitteilung MVG

Tram 19 und 21: Änderungen wegen Sicherheitskonferenz ab Freitag, 14. Februar

Pressemitteilung MVG

MVG Information für die Medien

11.02.2025

(Wiederholung)

MVG und DB: Gemeinsamer Presse- und Fototermin

Mittwoch, 12. Februar 2025, 11 Uhr

Theresienwiese am Fuße der Bavaria

Anfahrt: U4/U5

Vorstellung der Busflotte für den Ersatzverkehr während der Modernisierung auf den U-Bahnlinien U3/U6

Die Stadtwerke München (SWM) und die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) erneuern ab Montag, 17. Februar, den südlichen Abschnitt der U-Bahn-Linien U3 und U6. Damit die Fahrgäste während der abschnittswisen Sperrung der U-Bahn weiter zuverlässig und komfortabel ans Ziel kommen, bietet die MVG den Fahrgästen in dieser Zeit gemeinsam mit der DB Regio Bus Bayern einen leistungsstarken Ersatzverkehr mit einer modernen Busflotte an.

MVG-Chef Ingo Wortmann und Niederlassungsleiterin Susann Liebscher von der DB Regio Bus Bayern stellen die Busse und den Ersatzverkehr im Rahmen des Fototermins vor und informieren in kurzen Statements über die Kooperation.

Als Fotomotiv stehen insgesamt 20 Busse am Fuße der Bavaria. Ein Teil im bekannten MVG-Blau und die andere Hälfte im purpurfarbenen Ersatzverkehrs-Design der DB, das erstmals in München zu sehen sein wird.

Um Anmeldung unter presse@mvg.de wird gebeten.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner

Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

DB Pressestelle Bayern
Telefon: +49 1308-1510
E-Mail: presse.m@deutschebahn.com
www.deutschebahn.com/presse-m

MVG Information für die Medien

11.02.2025

Tram 19 und 21: Änderungen wegen Sicherheitskonferenz ab Freitag, 14. Februar

Wegen der Sicherheitskonferenz in der Münchner Innenstadt muss der Abschnitt Karlsplatz (Stachus) – Maxmonument von Freitag, 14. Februar 2025, ca. 4 Uhr bis Sonntag, 16. Februar, ca. 16:30 Uhr gesperrt werden. Die Haltestellen Lenbachplatz, Marienplatz (Theatinerstraße), Nationaltheater und Kammerspiele werden daher nicht angefahren.

Dadurch kommt es bei den Tramlinien 19 und 21 zu folgenden Änderungen:

Die **Tram 19 und die NachtTram N19** werden zwischen Hauptbahnhof Süd und Maxmonument über Sendlinger Tor und Isartor auf dem Linienweg der Tram 17 umgeleitet. Am Karlsplatz (Stachus) fährt die Tram am Haltepunkt der Linie 17 (in Richtung Pasing Position 1, in Richtung Berg am Laim bzw. St.-Veit-Str. Position 2) ab. Der Abschnitt Hauptbahnhof – Kammerspiele entfällt.

Die **Tram 21** ist unterbrochen und fährt nur in den Abschnitten Westfriedhof – Karlsplatz (Stachus) sowie St.-Veit-Straße – Max-Weber-Platz. Die Haltestellen Lenbachplatz – Maximilianeum entfallen. Am Karlsplatz (Stachus) fährt die Tram in Richtung Westfriedhof am Haltepunkt der Linie 20 (Position 5) ab. Zwischen Karlsplatz (Stachus) und Max-Weber-Platz können Fahrgäste auf die U4 und U5 ausweichen.

Weitere Tram- und Buslinien können ebenfalls von Umleitungen und Unterbrechungen betroffen sein, wenn im Zuge der Sicherheitskonferenz zusätzliche Sperrungen (etwa wegen der Anreise von Teilnehmern oder Demonstrationen) erforderlich werden.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner

Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

Die MVG informiert ihre Fahrgäste mit Aushängen, Tickertexten und Durchsagen über die Änderungen. Infos zum Betrieb und Verbindungsauskünfte gibt es auf mvg.de sowie in der App MVGO.